Herrn MdL Hauke Göttsch,
Vorsitzender des Agrar- und Umweltausschusses

Schriftlicher Bericht der Landesregierung

an den Agrar- und Umweltausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags zu den **„Auswirkungen der auf EU-Ebene geplanten Energieunion auf die Energiewende in Schleswig-Holstein“** zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank – **Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie** –

Die Kommission schildert in der Mitteilung die von ihr geplanten Maßnahmen zur Verwirklichung der Energie Union; mit ihrer Mitteilung vom 26.02.2015 zur Energie Union hat die Kommission ein weiteres Kapitel der europäischen Energiepolitik aufgeschlagen. Zur Umsetzung des 3. EU-Energiebinnenmarktpakets sollen zahlreiche Maßnahmen entsprechend einer gemeinsam mit der Mitteilung veröffentlichten „road map“ ergriffen werden (siehe Anlage 1 „Fahrplan Energie Union“), um die Umstellung hin zu einer nachhaltigen, CO₂-armen und klimafreundlichen Energieversorgung sicherzustellen („energy transition“). Der Energiebinnenmarkt ist nicht vollständig verwirklicht; es fehlt an Infrastruktur und Marktbedingungen für eine Umstellung des Energieversorgungssystems auf erneuerbare Energieträger.

Die Kommission beabsichtigt mangels weitergehender energiepolitischer Kompetenzen gegenüber den MS ab 2015/ 2016 mit einer Politik der kleinen akzeptablen Schritte die Etablierung der Energie Union durch die Entwicklung der ihr möglichen Rahmengesetzgebung auszubauen. „Energy transition“ ist dabei im weiteren Sinne nichts anderes als ein englischer Begriff für „Energiewende“.

Insgesamt verschafft die Kommission der europäischen Energiepolitik mit der Energie Union ein erhebliches Momentum, wenn auch die Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten eine kohärente europäische Energiepolitik sichtbar erschweren. Die deutsche Energiewende ist auch deshalb zum Erfolg verpflichtet, um anderen MS die Vorteile

einer konsistenten und konsequenten Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energieträger aufzuzeigen. Den ehrgeizig anmutenden Plänen der Kommission müssen ehrgeizige Maßnahmen folgen. Schwerpunkte bilden dabei neben dem **grenzüberschreitenden Ausbau der Energieinfrastruktur** und der **Neugestaltung der Marktbedingungen** der **Klimaschutz** mittels des sog. „**Weg nach Paris**“ zur Positionierung der EU im Rahmen der **Pariser Klimakonferenz** im Dezember 2015 sowie die **Energieeffizienz** sowie weitere flankierende Maßnahmen

Eine kohärente, europaweit koordinierte bzw. europäische Energiepolitik steht in einem Spannungsverhältnis zu dem Recht der Mitgliedsstaaten zur Bestimmung ihres eigenen Energiemixes. Die zurzeit geltenden Harmonisierungsvorschriften, nach denen Maßnahmen, welche die Wahl eines Mitgliedstaats zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung erheblich berühren, einstimmig beschlossen werden müssen, verhindern eine gesamteuropäische Herangehensweise an die Energiepolitik. Die EU kann die Energiepolitik der Mitgliedsstaaten nur durch mittelbare Maßnahmen wie der Ausgestaltung der Beihilfe-Richtlinien, der Verwirklichung des Energiebinnenmarktes oder der Schaffung grenzüberschreitender Infrastrukturen, welche den überregionalen Austausch der sich hinsichtlich ihrer Einspeisemuster gegenseitig ergänzenden Erneuerbaren Energien ermöglichen, steuern bzw. begünstigen.

Dabei gilt es aus Sicht der nationalen Energiepolitik bei der weiteren Umsetzung der zu erwartenden Vorgaben auf EU-Ebene sicherzustellen, dass die Bedingungen zum Ausbau der Erneuerbare Energie in Deutschland wie z.B. Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien, ausbauorientierte Fördermechanismen sowie eine effiziente Erzeugung an guten Standorten nicht in Frage gestellt werden. Davon unabhängig wird die EU aber wie angekündigt auf eine Vereinheitlichung des Marktrahmens in den Mitgliedsstaaten weiter hinarbeiten und einen diskriminierungsfreien Energiehandel anstreben.

1. Energieinfrastruktur

Für Schleswig-Holstein als Energiedrehscheibe zwischen den Skandinavischen Energiemärkten, dem deutsch-österreichischen Marktgebiet und dem übrigen Europa bietet die Energie Union zahlreiche Chancen und Herausforderungen und vermittelt insbe-

sondere dem Netzausbau die gebotene politische Unterstützung von europäischer Seite zur Verwirklichung eines grenzüberschreitenden Stromnetzes durch die Vervollständigung der für einen europäischen Strommarkt erforderlichen Infrastrukturverbindungen. Die Energie Union beinhaltet zahlreiche positive Anknüpfungspunkte, die es indes im Weiteren kritisch zu begleiten gilt.

Schleswig-Holstein ist neben der Erzeugung von Windenergie insbesondere auch beim Netzausbau mit drei zentralen Onshore-Vorhaben sowie der Seekabelverbindung nach Norwegen in besonderem Maße von Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse entsprechend der TEN-E VO 347/2013 und damit vom Ausbau der Energieinfrastruktur berührt. Diese **PCIs (Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse)** innerhalb SHs (**Westküstenleitung, Mittelachse, SuedLink, Nord.Link**) verdeutlichen die gesamteuropäische und energiewirtschaftliche **Bedeutung des Netzausbaus für eine erfolgreiche Umstellung des Energieversorgungssystems auf erneuerbare Energieträger** auf europäischer Ebene und in Schleswig-Holstein.

Im Elektrizitätsbereich wird das Ziel angestrebt, bis zum **Jahr 2020** mindestens **10 % der vorhandenen Erzeugungskapazitäten der Mitgliedstaaten in Verbünde** zu integrieren bzw. die Grenzkuppelkapazität auf 10 % der Erzeugungskapazitäten zu erhöhen. Die Kommission hat angekündigt im Jahr 2016 darzulegen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um **bis 2030 einen Verbundgrad von 15 %** zu erreichen. Der **Netzausbau** wird von der **Kommission** zutreffend als die „**Hardware**“ **des Binnenmarktes** bezeichnet. Der Übergang zu einem sichereren und nachhaltigeren Energiesystem erfordert umfangreiche Investitionen im Bereich der Stromerzeugung, der Netze und der Energieeffizienz. Damit die Stromerzeugung aus **erneuerbaren Energieträgern in den Markt integriert** werden kann, müssen die **Märkte auf Angebots- und auf Nachfrageseite** sowohl **innerhalb der Grenzen eines Mitgliedstaates als auch darüber hinaus flexibel** sein. Dafür sind **funktionstüchtige Stromnetze** eine wesentliche Voraussetzung. Ein in vollem Umfang **funktionierender Energiebinnenmarkt**, von dem **effiziente Investitionssignale** ausgehen, ist mit Blick auf die deutsche und europaweite Debatte im Übrigen auch die beste Voraussetzung für die **Verringerung eines etwaigen Bedarfs an Kapazitätsmechanismen**. Die Stromnetze müssen daher deutlich

weiterentwickelt werden, um die Vergütung der Bereitstellung fossiler Kapazitäten auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren.

Die geplante **Gründung eines Energieinfrastruktur-Forums** unter Beteiligung der Mitgliedsstaaten kann bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen hilfreich sein. Hierdurch wird nochmals die Bedeutung des Ausbaus der Energieinfrastruktur in Europa, insbesondere im Bereich Strom, unterstrichen. Die **Vollendung des Energiebinnenmarktes** ist in der Tat von essentieller Bedeutung.

Deutschland weist schon heute einen **Verbundgrad von 10 %** auf. Der zu erwartende **Anstieg der installierten Leistung** führt aber unabhängig von der angestrebten Erhöhung des Ziels durch die Kommission dazu, dass auch Deutschland seine **Grenzkuppelkapazitäten noch stärker ausbauen** muss. Hierbei wird auch die Methodik zur Bestimmung des Verbundgrades vor allem im Hinblick auf wachsende variable Anteile und die besondere Rolle erneuerbarer Energien noch fortzuentwickeln sein. Das Bundeswirtschaftsministerium weist zutreffend darauf hin, dass die installierte Leistung im Hinblick auf das für 2030 anvisierte Verbundziel von 15 % wegen der mit der Energiewende einhergehenden stetigen Steigerung der installierten Leistung als Bezugspunkt problematisch ist. Es ist absehbar, dass der Ausbau der Netze in diesem Maße nicht mit dem Ausbau der Erzeugungskapazitäten Schritt halten wird. Ohne Ausbau der Netze würde der Verbundgrad in Deutschland 2020 auf ca. 8 % und 2030 auf ca. 6,5 % fallen, weil mit dem Ausbau der EE die insgesamt installierte Leistung stetig steigt. Der bis 2020 vorgesehene Netzausbau werde laut BMWi jedoch sicherstellen, dass der Verbundgrad von 10 % bis dahin gehalten werde. Grundsätzlich sind die Stromverbundziele zu begrüßen. Hinsichtlich des Ziels von 15 % für 2030 könnte u.a. erwogen werden, die Vorgaben regional zu individualisieren, denn es ist notwendig aber auch ausreichend, dass primär die relevanten Netzengpässe beseitigt werden. Andernfalls müssten die Grenzkuppelkapazitäten Deutschlands mehr als verdoppelt werden.

Es gibt auf europäischer Ebene einen hohen Grad an Konsens in Bezug auf die Erforderlichkeit des Ausbaus der Energieinfrastruktur innerhalb Europas, insbesondere im Bereich Strom, aber auch der Gasinfrastruktur. Die „**Verordnung zu den Leitlinien für eine transeuropäische Energieinfrastruktur**“ TEN-E VO 347/2013 regelt die Grund-

lagen für Identifizierung, Genehmigung und Finanzierung der „**Vorhaben von Gemeinsamem Interesse**“ (VGI/ PCI) im Bereich der leitungsgebundenen Energien, insbesondere für Strom und Gas aber auch für Öl und CO₂. Die erste EU-weite **PCI-Liste mit 248 Vorhaben** wurde am 14. Oktober 2013 vorgelegt. Die Vorhaben verteilen sich auf die Sektoren **Stromnetze (ca. 140), Gasnetze (ca. 100), Stromspeicher (13), Gasspeicher, LNG Terminals und intelligente Netze**. Die **zulässige Verfahrensdauer** für die Genehmigung der identifizierten PCI beträgt **3½ Jahre** mit einer Verlängerungsmöglichkeit um 9 Monate. Eine Übergangsvorschrift u.a. zugunsten der in der Planung bereits fortgeschrittenen SH-Vorhaben ist enthalten; für die übrigen PCIs wird das Genehmigungsverfahren von der BNetzA als sog. one-stop-shop durchgeführt. Die **enorme volks- und energiewirtschaftliche Bedeutung wird durch den PCI-Status gebührend hervorgehoben**. Die Liste soll alle 2 Jahre aktualisiert werden, es können also weiter neue Projekte vorgeschlagen werden. Allerdings ist Voraussetzung für diese neuen Projekte, dass sie in den 10-Jahresplänen der Europäischen Verbände der Gasfernleitungsbetreiber und der Strom-Übertragungsnetzbetreiber aufgeführt sind. Die Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber für Strom und Gas müssen bis Ende 2016 ein „schlüssiges Strom- und Gasmarkt- sowie Verbundnetzmodell“ vorlegen, das u. a. Stromübertragungs- und Gasfernleitungsnetze sowie Speicher- und LNG-Anlagen umfasst.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat die Bestrebungen der Vorhabenträger zur Aufnahme dieser Vorhaben in die Liste der Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse gegenüber der Kommission stets unterstützt. Bis zum 31. März 2015 stand die aktualisierte Liste der PCIs zur Konsultation. Die für Schleswig-Holstein relevanten Stromleitungen Endrup (DK) – Niebüll – Brunsbüttel (**Westküstenleitung**), Gleichstromseekabel **Nord.Link**: Tonstad (Norwegen) – Wilster, Kassø (DK) – Audorf – Hamburg Nord – Dollern (Nieders.) (**Mittelachse**), **SuedLink** [Brunsbüttel - Großgartach; Wilster – Grafenrheinfeld]) sind auf der Liste weiterhin vertreten. Nord.Link mit 1,4 MW Übertragungsleistung ist heute schon im Bau begriffen. Ein PCI-Projekt im **Gasbereich zur Kapazitätserhöhung an der Grenze zwischen Dänemark und Deutschland** ist mit den Maßnahmen VDS Quarnstedt/ „Loop Fockbeck Ellund“ bereits im Bau.

Schon jetzt ist **Schleswig-Holstein** über das Übertragungsnetz **mit Schweden und Dänemark verbunden**; **demnächst** wird ein Seekabel nach **Norwegen** hinzukommen und Schleswig-Holstein seine Position als Energiedrehscheibe Europas weiter ausbauen. Auch nach der Realisierung von Nord.Link besteht weiterer **Bedarf die Wasserkraftreserven in Norwegen und Schweden** stärker in die **deutsche Energiewende zu integrieren**.

Die **Wasserkraftwerke in Skandinavien** sind die perfekten Partner für die Solar- und Windkraftparks in Deutschland. Gemeinsam ist eine effiziente Umstellung der Stromproduktion in Richtung erneuerbarer Energien möglich. Schon heute verfügt **Skandinavien über 116 TWh** und damit das größte vorhandene Speichervolumen in Europa – die Speicher in den Alpen erreichen lediglich 12 TWh. Im Einsatz als Reservekraftwerke lässt sich in Deutschland der konventionelle Bestand an fossilen „must run“ Kapazitäten erheblich reduzieren.

Das **wirtschaftliche Potenzial für neue Interkonnektoren** zwischen Deutschland und Skandinavien beträgt ca. **7 bis 12 GW**. Für deren Erschließung müssen zeitnah die Weichen gestellt werden. Leitungskapazitäten wären nicht nur in Richtung Norwegen sondern auch nach Schweden zu schaffen. In Mecklenburg-Vorpommern ist der Ausbau der Übertragungskapazitäten nach Schweden in der Netzentwicklungsplanung ebenfalls aufgenommen.

2. Marktgestaltung

Damit die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern in den Markt integriert werden kann, müssen die Märkte sowohl auf Angebots- als auch auf Nachfrageseite sowohl innerhalb der Grenzen eines Mitgliedstaates als auch darüber hinaus flexibel sein. Die Stromnetze müssen daher deutlich weiterentwickelt werden. Zudem ist es erforderlich, die Möglichkeiten für eine dezentrale Stromerzeugung und das Nachfrage- management, einschließlich der day ahead und intraday-Märkte, auszubauen und neue Hochspannungsfernleitungen („Supergrid“) und Speichertechnologien zu entwickeln. Ein in vollem Umfang **funktionierender Energiebinnenmarkt**, von dem **effiziente Investitionssignale** ausgehen, ist auch die beste Voraussetzung für die **Verringerung des Bedarfs an Kapazitätsmechanismen**. Bei der weiteren Ausgestaltung der zu-

nächst lediglich angekündigten (legislativen) Maßnahmen wird darauf zu achten sein, dass die **Marktbedingungen** insbesondere im Zusammenhang mit dem Vorschlag für eine Überprüfung des Emissionshandelssystems, tatsächlich eine **Teilhabe der EE am Strommarkt** ermöglichen, ohne dass diese Teilhabe bspw. durch Verzerrungen zugunsten konventioneller Erzeugungsarten erschwert wird.

Das Paket zur Energie Union enthielt überwiegend noch wenig konkretisierte Ankündigungen von energie- und klimapolitischen Vorhaben. Eine differenzierte Bewertung ist erst möglich und sinnvoll, wenn die einzelnen Vorhaben vorgelegt werden. Letztlich kommt es auf eine ehrgeizige Umsetzung dieses Pakets an.

Die Kommission hat am 15. Juli 2015 erste Schritte zur konkreteren Umsetzung der Strategie für die Energie Union eingeleitet. Zu diesem „Sommerpaket“ gehört u. a. auch die Mitteilung zur „Einleitung des Prozesses der öffentlichen Konsultation zur Umgestaltung des Energiemarktes“. Legislative Vorschläge der COM sind für Ende 2015/ Anfang 2016 zu erwarten (siehe Anlage 2 „Fahrplan Energie Union“). Änderungen sind u.a. bei den Richtlinien zu Strom, Energieeffizienz und EE sowie den Verordnungen zu Strom, ACER, Infrastruktur und Sicherheit der Stromversorgung zu erwarten. Das **Weißbuch des BMWi** zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfs für einen „**Strommarkt 2.0**“ soll bis Ende 2015 in Gesetz gegossen werden (siehe hierzu auch Anlage 7 Stellungnahme Schleswig-Holstein Grünbuch Strommarktdesign). Das **Weißbuch und die Ziele der Kommission sind weitgehend deckungsgleich**; unter Beihilfegesichtspunkten werden einzelne Maßnahmen des Weißbuchs indes noch mit der Kommission abzustimmen sein. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Rainer Baake hierzu mit Pressemitteilung des BMWi vom 15.07.2015: *„Die Mitteilung der Europäischen Kommission zum Strommarktdesign ist ein wichtiges Signal und unterstreicht zugleich die Vorschläge, die wir in Deutschland mit dem Weißbuch Strommarkt am 3. Juli vorgelegt haben. Die Kommission betont die Vorteile des europäischen Binnenmarktes für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit. Zugleich nennt die Kommission verschiedene Maßnahmen, mit denen der Strommarkt in Europa weiter gestärkt und fit gemacht werden soll für den wachsenden Anteil erneuerbarer Energien. Das stimmt mit unseren Vorschlägen überein, die wir in Deutschland mit dem Weißbuch verfolgen. Ich freue mich, dass die Mitteilung der Kommission einen klaren Fokus auf den Markt setzt und sich für die Flexibilisierung von Angebot und Nachfrage und die Nutzung von Preissignalen ausspricht.“*

Die Mitteilung der Kommission dient gleichzeitig als Konsultationsdokument und umfasst 21 Fragen. Zurzeit findet zu der Mitteilung unter COM (2015) 340 final (Anlage 5) zur „Einleitung des Prozesses der öffentlichen Konsultation zur Umgestaltung des Energiemarktes“ eine Konsultation statt. Zu zahlreichen Aspekten stellt die KOM dabei dezidierte Fragen in den Raum (vgl. S. 10, 14, 17 der Mitteilung). **Stellungnahmen im Rahmen der Konsultation können bis zum 8. Oktober 2015 bei der KOM eingereicht werden.**

Mit dem Konsultationsprozess soll eine breite Beteiligung für die Umgestaltung des EU-Strommarktes mit dem Ziel der Umsetzung der Klima- und Energieziele 2030 sowie der Übernahme einer globalen Führungsrolle der EU bei den erneuerbaren Energien (EE) ermöglicht werden. Es soll u.a. ein neuer **europäischer Strommarkt** entstehen, dessen Voraussetzung eine **grenzüberschreitende Netzinfrastruktur** für umfangreiche Stromflüsse ist, um die europäischen Strommärkte anzupassen, damit auch künftig bei einem zunehmenden Anteil erneuerbarer Energien kosteneffizient Versorgungssicherheit gewährleistet sein wird. **Grenzüberschreitende Marktmechanismen** sollen ebenso entwickelt werden wie ein an die **zunehmende Rolle erneuerbarer Energieträger angepasster Marktrahmen** unter **Anpassung der Förderregelungen an die Märkte** und verstärkter **regionaler Kooperation zwischen den MS**. Dabei werden die Erhöhung der Flexibilität auf Erzeuger- und Verbraucherseite bzw. regional abgestimmte Fördermechanismen unter Beteiligung mehrerer MS statt rein national ausgerichteter Förderregelungen für EE angestrebt, um den Ausbau der EE und die Integration besser organisieren zu können. Für den Ausbau der EE ist in weiteren Bereichen eine **höhere Flexibilität des Strommarktes** wie bspw. ein funktionierender kurzfristiger Stromhandel erforderlich. Hervorzuheben sind die Flexibilisierung der Strommärkte, der weitere Ausbau der grenzüberschreitenden Stromleitungen, die intensivere Kopplung der Kurzfristmärkte, eine regionale Betrachtung und Berechnung von Versorgungssicherheit und die Vermeidung direkter und indirekter Preisgrenzen.

Des Weiteren werde in der nächsten Zeit die Erstellung von Netzkodizes erfolgen, die technische Standards festlegen sollen. Darüber hinaus soll eine Erweiterung der Kompetenzen von ACER als europäischer Regulierungsbehörde geprüft werden. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sollten **Kapazitätsmechanismen nur** dann

ausgeführt werden, wenn der **Wettbewerb dadurch nicht verzerrt** wird; Kapazitäten dürften keine Technologien diskriminieren, eine grenzüberschreitende Beteiligung soll ermöglicht werden. Netze müssen auch grenzüberschreitend zuverlässig sein, sodass gemeinsame technische Standards notwendig werden. Eine **separate öffentliche Konsultation zur „Risikovorsorge im Hinblick auf die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung“** findet daher parallel zur Konsultation der Mitteilung statt.

Der europäische Energiebinnenmarkt steht dabei insbesondere im Stromsektor mit der Implementierung der 2020-, der 2030- und letztlich der 2050-Klima- und Energieziele, der Sicherstellung der Energieversorgung, der Steigerung der Energieeffizienz an erster Stelle und der globalen Rolle der EU als Nr. 1 für EE, einem mehr an Wettbewerb im Großhandel und Endkundenmarkt, der Integration der zunehmenden EE-Mengen mit einem Anstieg des EE-Anteils an der Gesamtstromproduktion in der EU auf 50 % bis 2030 vor zahlreichen Herausforderungen, die allesamt auch große Chancen beinhalten.

3. Klimapolitik/ Energieeffizienz/ Weitere Rahmenbedingungen

Das **Emissionshandelssystem** soll ebenfalls neu geregelt werden. Auch hierzu hat die Europäische Kommission einen **Vorschlag zur Weiterentwicklung und Stärkung des Emissionshandels für die Zeit bis 2030** vorgelegt. Diese Vorschläge dienen der **Umsetzung des Beschlusses des Europäischen Rates vom Oktober 2014** und dienen u.a. der Vorbereitung des Klimagipfels in Paris, siehe Anlage 6 COM (2015) 81 final „Das Paris-Protokoll - Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020“.

Zur **Klimapolitik** enthält die Mitteilung zum einen die Bekräftigung des Emissionshandels als Eckpfeiler. Darüber hinaus sind vage Ankündigungen wie „aktive europäische Klimadiplomatie“ und die Festsetzung der nationalen Ziele für die nicht in das Emissionshandelssystem einbezogenen Sektoren, u.a. auch die Forst- und Landwirtschaft enthalten (S. 16). In der Anlage 2 (Fahrplan) werden für das Jahr 2016 Legislativvorschläge für die Entscheidung über die Lastenteilung und die Einbeziehung von Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 angekündigt. Im Grundsatz ist dies aus klimapolitischer Sicht sinnvoll, aber es besteht die Gefahr, dass über die Bilanzierung von

(schwer mess- und kontrollierbaren) Senken im Rahmen von LULUCF Schlupflöcher zur Aufweichung der klimapolitischen Ziele geschaffen werden. Die aktuelle Debatte um die EU-Förderung von neuen Kernkraftwerken in GB und Polen sowie der schwache Auftrag des Rates für den Trilog zur Marktstabilitätsreserve sind ein Indiz dafür, dass Klima- und Energiewendepolitik nicht bei allen Mitgliedsstaaten eine besonders starke Stellung haben.

Das Paket umfasst zudem eine Mitteilung zur Stärkung der Rolle der Energieverbraucher ("Delivering a New Deal for Energy Consumers"). Weiterer Baustein des Paketes ist ein Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie zur Energieverbrauchskennzeichnung von Geräten. Im Mittelpunkt steht die Rückkehr zu einer A- bis G-Skala für die Darstellung der Energieeffizienz, vgl. den nunmehr vorgelegten Vorschlag der Kommission unter BR-Drs. 324/15 zu COM (2015) 341 final.

Bestrebungen zu einem **gemeinsamem oder europäisch koordinierten Gaseinkauf** müssen aus schleswig-holsteinischer Sicht ebenfalls kritisch und aufmerksam begleitet werden.

Gemäß „Fahrplan“ ist für den Zeitraum 2015 bis 2017 das Beratungsverfahren für eine **neue Richtlinie für die EE** geplant, mit dem Ziel, bis 2030 in der EU einen EE-Anteil von 27 % am Endenergieverbrauch zu erreichen, mit besten Praktiken für Nutzung von EE für den Eigenbedarf und der Förderprogramme sowie einer Nachhaltigkeitsstrategie für Bioenergie. 2016 soll weiterhin eine Mitteilung der Kommission zur Energieerzeugung aus Abfällen veröffentlicht werden. Für 2017 ist eine Mitteilung über die Verringerung der CO₂-Emissionen des Verkehrssektors, einschließlich Aktionsplan für Biokraftstoffe der zweiten und dritten Generation sowie für sonstige alternative, nachhaltige Kraftstoffe vorgesehen. Das in der Mitteilung noch einmal bekräftigte Ziel, 2030 EU-weit einen EE-Anteil von 27% am Endenergieverbrauch zu erreichen, ist für die angestrebte Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft zu gering. Die Landesregierung hat sich im Energiewende- und Klimaschutzbericht 2014 für ein Ziel von mindestens 40% eingesetzt. Ein ambitioniertes, verbindliches EU Ziel ist von zentraler Bedeutung, um Investitionssicherheit und Planbarkeit sicherzustellen. Auch das BMWi hat sich für einen Anteil von mindestens 30% EE am Endenergieverbrauch eingesetzt. Das Ziel von 27 % ent-

spricht indes der Beschlussfassung der Mitgliedsstaaten der EU, siehe Anlage 4 Vermerk zur Tagung des Europäischen Rates (23./24. Oktober 2014 im Umdruck 18/4393.

Im Handlungsfeld „alternative“ Kraftstoffe/ Biokraftstoffe hat der schnelle Wechsel der förderpolitischen Rahmenbedingungen inklusive Zielsetzung sowohl auf deutscher als auf europäischer Ebene das Vertrauen potenzieller Investoren beeinträchtigt, was sich auch negativ auf die Bereitschaft auswirkt, in „neue“ Biokraftstoffe/Bioenergie zu investieren. Zumal eindeutige Definition der Begriffe „fortschrittlich“, „nachhaltig“, „zweite“ und „dritte Generation“ fehlen, um möglichst technologieoffen neue Entwicklungen fördern zu können. Aufgrund der Erfahrungen bei der BtL-Kraftstoffentwicklung ist davon auszugehen, dass wesentlich längere Entwicklungszeiträume für alternative Kraftstoffe erforderlich sein dürften, als in den Prognosen für 2030 angenommen wird.

Unter Ziffer 2.3 **Energieeffizienz** und Maßnahme 9 (S. 23) erkennt die EU Kommission die **gleichwertige Bedeutung von Energieeffizienz und Erzeugungskapazitäten** an und beabsichtigt die Mitgliedsstaaten aufzufordern, **Energieeffizienz mit höchster Priorität** zu betrachten. Neben den bereits bestehenden Maßnahmen im Rahmen des Ökodesign und der Energieverbrauchskennzeichnung soll der Fokus nun auf die Sektoren Verkehr und Gebäude gelenkt werden. Im Gebäudesektor wurde die Wärme- und Kälteerzeugung als Bereich mit dem größten Energiebedarf identifiziert. Der Bereich der Fernwärme bzw. -kälte soll daher in einer künftigen Strategie der Kommission bearbeitet werden. Weiterhin sollen vorhandene Finanzmittel für den Gebäudesektor seitens der EU zukünftig leichter zugänglich gemacht werden. Neben der Erweiterung der finanziellen Unterstützung soll es auch technische Unterstützung für kleinere Projekte geben. Zusätzlich sollen Initiativen wie „intelligente Städte und Gemeinden“ und „Weltweite Exzellenz für politische Energieeffizienzmaßnahmen“ unterstützt und entwickelt werden. Die aufgelisteten Ansätze werden nicht genauer beschrieben. Generell ist der Ansatz, Energieeffizienz weiter in den Fokus zu rücken, zu begrüßen. **Insbesondere die Ausarbeitung der Strategie zur Fernwärme und -kälte könnte die Wärmewende in SH unterstützen.** Bei den Maßnahmen taucht nur unter 10. der Punkt „Die Kommission wird eine Strategie zur Erleichterung von Investitionen in Wärme- und Kälteerzeugung vorschlagen.“ Hier bleibt offen, ob der Fokus auf Gebäude, Einzelerzeugungsanlagen oder leitungsgebundene Versorgung gelegt wird.

Unter 2.3 „Entwicklungen eines energieeffizienten Verkehrssektors mit geringen CO₂-Emissionen“ werden wichtige Sachverhalte zur **Verminderung von Treibhausgasen im Verkehrswesen** kurz und knapp angesprochen (Verkehrsverlagerung, Maßnahmen zur Minderung der spezifischen Verbräuche sowohl für den PKW- als auch für den Schwerlastverkehr sowie alternative Kraftstoffe einschließlich E-Mobilität). Die Ausführungen zu Mobilitätskonzepten bleiben vage, der Luftverkehr wird überhaupt nicht thematisiert. Darüber hinaus wird auch nicht gesagt, welche CO₂-Minderung im Verkehr angestrebt wird. Die unter Maßnahme 11 angekündigten Punkte erscheinen eher dürftig, weil sie einerseits sehr allgemein gehalten sind und andererseits nur der Straßenverkehr hervorgehoben wird. Es fehlen Maßnahmen bspw. zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene (z.B. Hinterlandanbindung), zur Stärkung des ÖPNV und des Personenfernverkehrs, zur Aufwertung des Radverkehrs etc.

Links:

1. COM (2015) 80 final Paket zur Energie Union = http://ec.europa.eu/priorities/energyunion/docs/energyunion_de.pdf
2. Fahrplan Energie Union (Annex) = http://ec.europa.eu/priorities/energyunion/docs/energyunion-annex_de.pdf
3. Interconnectors COM (2015) 82 final (Annex) = http://ec.europa.eu/priorities/energyunion/docs/interconnectors_de.pdf
4. Umdruck 18/4393 [Bericht des MELUR an den Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages einschließlich BR-Drs. 71/15 (Beschluss) und Vermerk zur Tagung des Europäischen Rates (23./24. Oktober 2014)]
= <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/4300/umdruck-18-4393.pdf>
5. COM (2015) 340 final „Einleitung des Prozesses der öffentlichen Konsultation zur Umgestaltung des Energiemarktes“ = <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015DC0340&from=DE>

6. COM (2015) 81 final „Das Paris-Protokoll - Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020“ mit Anhang = http://ec.europa.eu/priorities/energy-union/docs/paris_de.pdf

7. Stellungnahme Schleswig-Holstein Grünbuch Strommarktdesign = <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Stellungnahmen/Stellungnahmen-Gruenbuch/150226-energieministerium-sh,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

Ergänzend könnte noch auf das Konsultationsdokument des BMWi verwiesen werden, welches an zahlreichen Stellen auf die Stellungnahme SHs zum Grünbuch eingeht; Stellungnahme SH und BMWi nehmen zahlreiche Ziele der Energie Union bereits vorweg.

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/J-L/konsultationsdokument,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>